Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 16

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dennoch wird dieser Einteilung in der Sowjetunion grösster Wert beigemessen. Sie wird immer wieder als Beweis für die grössere Leistungsfähigkeit des «sozialistischen» Systems gegenüber dem kapitalistischen angeführt. Nur sind im Westen tatsächlich die materiell nicht produktiven Berufe zahlreicher als im Ostblock (Geschäftswerbung, grosser Unterhaltungssektor, branchenreiches System von Dienstleistungen usw.) sehr viel häufiger als im kommunistischen Block, was aber in erster Linie den höheren Lebensstandard bezeugt. Dazu kommt noch, dass gerade die fortgeschrittene Industrieproduktion durch Automation viele Arbeitskräfte von der Produktion entlastet und für andere Bereiche freigibt.

Viel aufschlussreicher als die Produktivitätsabgrenzung nach Berufen wäre eine bessere Unterscheidung bei der rationellen Ausnützung der Arbeitskräfte innerhalb der einzelnen — mehr oder weniger materiellen — Produktionszweige. Aber hier ist die Sowjetunion mit ihrem gigantischen bürokratischen Apparat der gelenkten Wirtschaft nicht an einer statistisch ausgewerteten Differenzierung interessiert. Die Funktionäre in den vielen Kontroll- und Koordinationsposten der einzelnen Betriebe werden in den Personallisten als an der Produktion teilnehmende Arbeiter aufgeführt. Dadurch allein werden die sowjetischen Arbeitsstatistiken in einem Punkt weitgehend verzerrt, der viel wichtiger wäre als die gross aufgemachten Unterscheidungen zwischen materiell produktiven und materiell unproduktiven Berufen.

Lügen wie eine Statistik

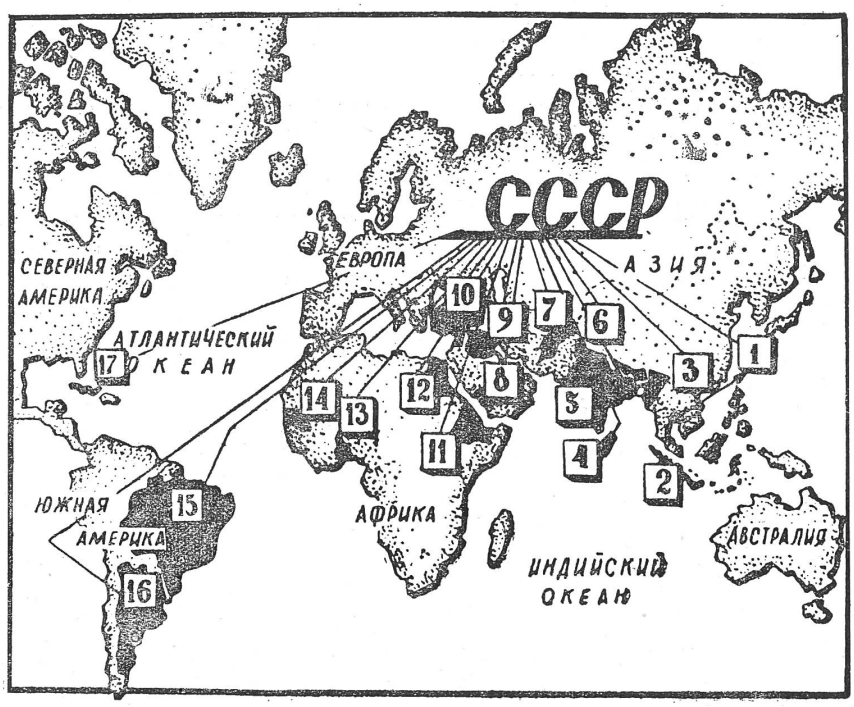
Die erwähnten Beispiele lassen erkennen, dass die sowjetischen Statistiken wohl aufschlussreich sein können, aber immer Skepsis verdienen. Sie stehen genau so im Dienste der politischen Propaganda wie irgendein leicht durchschaubares Traktat, nur werden sie von zahlengläubigen Westmaterialisten oft genug mit jenen Gefühlen betrachtet, welche die Verehrung des materiellen Erfolges bei vielen am tiefsten ausgebildet hat.

Wirtschaft

Sowjetunion

«Uneigennützige und brüderliche Hilfe»

Unter diesem Titel veröffentlichte die «Kasachstanskaja Prawda» die hier wiedergegebene Karte. Sie zeigt 17 Entwicklungsländer, denen die UdSSR gegenwärtig besondere «wirtschaftliche, technische und finanzielle Hilfe» gewährt und kann als recht anschauliches Memo für die Hauptstossrichtungen der sowjetischen Anstrengungen in diesen Gebieten dienen. Dass Werke von ausgesprochener militärischer oder politischer Bedeutung nicht erwähnt wurden, ist selbstverständlich. Nachfolgend die Angaben der Zeitung aus Alma Ata:



1. Kambodscha: Unentgeltliche Erstellung eines Spitals und eine Poliklinik.

2. Indonesien: Im Bau: Metallurgisches Werk und Superphosphat-Fabrik, Technisches Institut, Stadion u.a.m.

3. Burma: Technischese Institut und Wasserkraftwerk vor der Vollendung.

4. Ceylon: Metallurgische Fabrik, Wärmekraftwerk und andere Industrie-Objekte erstellt.

5. Indien: Grosse metallurgische Fabrik in Bhilai und technisches Institut in Bombay soeben abgeschlossen. Sowjetische Ausrüstungen werden bei allen im Bau befindlichen Elektrokraftwerken in der Maschinenindustrie und den erdölverarbeitenden Betrieben benutzt.

6. Nepal: Erhielt wirtschaftliche und technische Hilfe von 30 Millionen Rubel (als langfristiger Kredit).

7. Afghanistan: In den letzten drei Jahren wurden 15 verschiedene Objekte erstellt, darunter ein Flusshafen und grosse industrielle Betriebe.

8. Jemen: Es wird ein Hafen gebaut (d. h. ein sowjetischer U-Boot-Stützpunkt, der bereits übergeben wurde).

9. Irak: Sowjetische Teilnahme an 50 Objekten, darunter metallurgische, elektrotechnische und chemische Unternehmen, sowie einem Stausee von 25 bis 30 Milliarden Kubikmeter.

10. Türkei: Einige Unternehmen der Leichtindustrie, Modernisierung einer Betonfabrik (In der Türkei hat die sowjetische Wirtschaftsbeteiligung noch kaum Fuss gefasst).

11. Aethiopien: Erdölverarbeitendes Unternehmen, eine Goldmine und eine goldverarbeitende Fabrik; geologische Forschungstätigkeit (politischer und kultureller Einfluss — Lehrkräfte, Berater — werden gegenwärtig besonders intensiviert).

12. VAR: Es werden 100 Objekte erstellt, u. a. sechs metallurgische und sechs Maschinenfabriken, sowie 12 erdölverarbeitende und chemische Betriebe (Die Hauptrolle spielt der Bau des Assuandammes und alles was er mit sich bringt; zu beachten sind auch die Waffeneinkäufe der VAR in der Sowjetunion).

13. Ghana: Bau eines Elektrokraftwerkes, Erschliessung der Bodenschätze, Vorbereitung der nationalen technischen (und politischen) Kader.

14. Guinea: Erstellung eines politischen Institutes (der einzige in der Aufstellung angeführte Fall), einer Zementfabrik, eines Leder- und Schuhkombinates, einer Konservenfabrik usw. (Die Sowjetunion ist am gesamten Wirtschaftsleben des Landes sehr stark beteiligt und hat auch ihre politische Position entsprechend ausgebaut.)

15. Brasilien: Erstellung einer grossen chemischen Fabrik zur Gasverarbeitung. «Die UdSSR hat dem Land Maschinen und Erdölausrüstungen gegeben, welche die USA zu liefern verweigert haben.»

16. Argentinien: Langfristiger Kredit zur Entwicklung von Erdölindustrie und energetischer Wirtschaft.

17. Kuba: Beteiligung am Bau von metallurgischen, erölverarbeitenden und anderen wirtschaftsentwickelnden Unternehmen. (Mit den gelieferten Waffen haben unterdessen die Konterrevolutionäre Bekanntschaft gemacht). Die UdSSR hat von Kuba einige Millionen Tonnen Zucker gekauft (und liefert sie nach China weiter).

Die gesamte Summe der von der UdSSR afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländern gewährten Kredite beträgt laut «Kommunist Tadschikistana»» rund 10 Milliarden alte Rubel. Die Darlehen wurden meist bei einem Zinsfuss von 2 bis 2,5 Prozent auf 12 bis 20 Jahre verliehen.

Ueber die sowjetische Frauenarbeit unterrichtete kürzlich die Moskauer Zeitschrift «Sozialistitscheskij Trud»: Der prozentuale Anteil der Frauen unter Arbeitern und Angestellten stieg innert 30 Jahren von 27 Prozent auf 48 Prozent 1959. Im gleichen Jahr stellten sie 54 Prozent der Intellektuellen. 120 000 Frauen übten einen wissenschaftlichen Beruf aus. Rund die Hälfte aller Betriebsleiter und Fachexperten sind Frauen. Im Obersten Sowjet sind 27 Prozent (366 Personen) weibliche Abgeordnete.

Berichterstattung

Lyrische Schweiz

«Seit fünf Tagen», so berichtete der «Prawda»-Korrespondent W. Schukow am 17. April seiner Zeitung aus der Schweiz, «ruft das Wort ‚Russkij' bei den verschiedensten Menschen ein und dieselbe Reaktion hervor: Ein freudiges Lächeln, eine vielsagende Bewegung gegen den Himmel und das Wort ‚Gagarin'».

So hochgestimmt also über den sowjetischen Weltraum-Erfolg haben sich die nüchternen Schweizer überall gezeigt, wohin der Weg des «Prawda»-Berichterstatters führte — oder waren es am Ende jene 28 Millionen ausländischer Touristen, die nach seiner beiläufigen Angabe jährlich in unser Land, «dem lebhaften europäischen Kreuzungspunkt», reisen.

«Womit kann man schon ein modernes Babylon erstaunen? Die sensationelle Meldung aus Moskau hat siegreich die Strassen der Schweizerstädte erobert; die sonst sorgfältig mit Vorhängen verhängten Fenster werden aufgerissen, und hier hat man einmal mehr gesehen, dass die Zeit der Geschichte unseres Jahrhunderts nicht nach den berühmten Schweizer Chronometern, sondern nach dem Glockenschlag des Kreml-Turmes geht.

Es ist schon der fünfte Tag, dass bei der UdSSR-Vertretung in Genf unaufhörlich das Telephon läutet. Hunderte von Menschen empfinden es als ihre Pflicht, ihrer Bewunderung der Heldentat des sowjetischen Volkes Ausdruck zu verleihen.»

Die «Prawda» veröffentlichte unter dem Sammeltitel «Der Stolz der ganzen Menschheit» Artikel aus aller Welt über den ersten Weltraumflug eines Menschen. Der Beitrag aus der Schweiz hatte die Ueberschrift «Ein Lied auf die Heldentat», womit jedoch Schukow nicht sein eigenes meinte, sondern ein in der «Suisse» veröffentlichtets Gedicht «Merci, Major Gagarine». Der «Prawda»-Korrespondent legte eine ausführliche Inhaltsangabe vor, verschwieg aber geflissentlich den ironischen Unterton dieser netten «Rimes Dominicales».

Ein recht gutes Beispiel für den totalitären Pathos liefert der Schluss des Berichtes:

«Hier in Genf hat es einige Strassen, welche jeder Sowjetbürger mit unaussprechlicher Erregung betritt. Hier lebte in den Jahren der Emigration Wladimir Iljitsch Lenin (womit die sichtliche Vorliebe der sowjetischen Korrespondenten und Diplomaten für Genf endlich einleuchtend erklärt wird). Mit seinem Weitblick hat Wladimir Iljitsch hier die Neugestaltung unserer Heimat aus einem armseligen und kraftlosen in ein mächtiges und reiches Land gesehen, welches der Menschheit den Weg zu den unbekannten Welten auf der Erde wie im Himmel weisen wird.

Als wir auf den Aetherwellen, zwischen den atmosphärischen Störungen hindurch, die Uebertragung der erhebenden Versammlung auf dem Roten Platz und die bewegten Worte Nikita Sergejewitsch Chruschtschews, des grossen Revolutionsführers, hörten, dachten wir daran, dass Lenin hier in Genf auch einen Teil von diesem Flug zu den Sternen vorbereitet hat, von welchem jetzt ganz Europa und die ganze Welt spricht.»

Kein lateinamerikanischer Staat hat grössere amerikanische Hilfe erhalten als Bolivien, und kaum ein anderer hat weniger davon profitiert. Seit 1952 haben die USA dem Lande rund 170 Mill. Dollar an technischer Hilfe oder Darlehen gewährt, und doch ist die bolivianische Wirtschaft immer noch nahe dem Bankrott, die dreieinhalb Millionen schlecht ernährter Bewohner von einer Revolte nie weit entfernt (Time). Die 1952 nach einem Aufstand der Bauernbevölkerung verstaatlichten Zinnbergwerke produzieren seither mit einem jährlichen Verlust von zehn Millionen Dollar. Auch die Geschäfte der staatlichen Oelgesellschaft und der Eisenbahnen laufen schlecht. Die verfahrene wirtschaftliche Lage wird auf unfähige Verwaltung und starke Bürokratisierung zurückgeführt. Präsident Kennedy liess nun Erhebungen über eine ertragreichere und kontrolliertere Form der weiteren amerikanischen Wirtschaftshilfe durchführen, die nicht mehr als mühsame Defizitdeckung sondern als Aufbaukraft verwendet werden soll.

In Usbekistan wurden letztes Jahr an 375 000 Personen staatliche Renten im Wert von 120 Millionen Rubel ausbezahlt, pro Person durchschnittlich 320 altet Rubel. Der Monatslohn eines Facharbeiters beträgt gut 900 alte Rubel (= 90 neue Rubel).

Landwirtschaft

Bulgarien

Pflug und Besen

«Das Volk gleicht einem Mehlsack — so oft man ihn klopft, stäubt Mehl heraus», sagt ein bulgarisches Sprichwort. Parteisekretär Todor Schiwkoff (Curriculum KB, Nr. 14) will mehr Mehl aus dem Lande herausholen.

Bei weitem nicht erfüllte Produktionspläne in der Landwirtschaft und Missstände in nahezu sämtlichen Bereichen des Agrarsektors gaben dem KP-Chef am 12. April auf dem ZK-Plenum Anlass zu scharfer Kritik. Dass sie nicht nur akademisch gemeint ist, zeigt eine eben angelaufene Säuberungswelle. Erstmals seit zwei Jahren wurden Entlassungen hoher Parteifunktionäre bekannt. Es handelt sich um Peter Tschuschkaroff und Georgi Milscheff, die als Parteisekretär, resp. als Volksratsvorsitzender im Landbezirk Pleven amteten.

Tatsächlich steckt die bulgarische Landwirtschaft in einer Krise. Bereits seit zwei Jahren können die Produktionspläne nicht eingehalten werden. Sie waren ausserordentlich hoch gesteckt worden, ohne dass man die Voraussetzungen zu ihrer Erfüllung geschaffen hätte. Forciert wurde der Ausbau von Grosskolchosen (TKZS), während der bestrentierende Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche die privat bebauten Nebenwirtschaften waren. Landwirtschaftliche Geräte wurden durch Importe (vor allem aus der Sowjetunion) und eine Uebersoll leistende Industrie beschafft, aber zu ihrer Wartung und Pflege fehlte es an Können und anscheinend weitherum an Interesse. Ueberdies machte sich der Mangel an Ersatzteilen, eine klassische Erscheinung der Planwirtschaft im Ostblock, in besonders krasser Weise bemerkbar. Die ausgebildeten Fachleute hatten am landwirtschaftlichen Staatsdienst so wenig Freude, dass sie selbst die Arbeit eines Kellners vorzogen. Dementsprechend fielen die Resultate aus: In einem Bezirk, so führte Schikoff beispielsweise aus, wurden lediglich 79 Prozent der geplanten Fleischproduktion erfüllt. Dabei greifen die Vorhaben der Regierung weit über blosse Vollerzeugung hinaus: Dieses Jahr wären nicht weniger als 1 373 000 Hektar Land urbar zu machen.

Durch Säuberungen und verschärfte Disziplin auf allen Stufen will Schiwkoff nun den Plan durchsetzen. Funktionären und

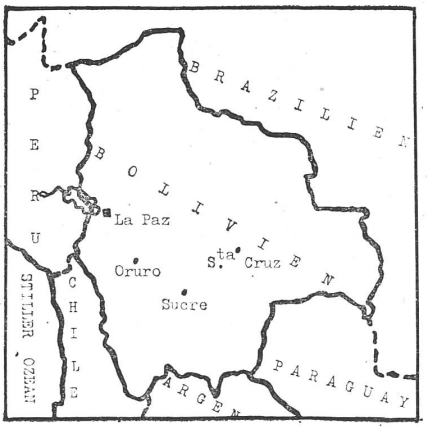
---

In Kennedys Sanierungsprogramm: Bolivien

Staats- und Regierungsform: Präsidiale Republik. — Parlament aus 2 Kammern (Camara de Diputados und Senado). —

Wahlberechtigt alle über 21 Jahre alten Bürger. — Wehrpflicht. — Verwaltungsgliederung in 9 Departementos und 1 Territorium.

Staatsoberhaupt: Staatspräsident (seit 1960) und Regierungschef Dr. Victor Paz Estenssoro, MNR.



Parteien: Beherrschend ist die sozialrevolutionäre Bewegung, «Movimiento Nacional Revolucionario» (MNR); ausserdem «Federación Socialista de Bolivia» (FSB) «Partido Comunista de Bolivia» (PCB), «Partido Social Cristiano» (PSC) und die trotzkistische Partei «Partido Obrero Revolucionario» (POR).

Fläche: 1 098 581 Quadratkilometer.

Einwohner: 3 100 000 (1960).

Städte: La Paz (faktische Hauptstadt) 339 000, mit Vororten über 400 000 Einwohner; Verfassungsmässige Hauptstadt Sucre 45 000 Einwohner; Oruru 75 000 Einwohner. Santa Cruz 58 000 Einwohner.

Bevölkerung: Etwa 53 Prozent Indianer, 32 Prozent Mestizen, nahezu 15 Prozent Weisse.

Staatssprache: Spanisch; Ketschua und Aimara als Umgangssprache grosser Teile der Hochlandindianer.

Religion: Römisch-katholisch.

Wichtige Ausfuhrgüter: Zinn (fast zwei Drittel des Gesamtausfuhrwertes), Blei Wolfram, Zink, Silber, Kupfer, Antimon. Wichtigste Handespartner: USA, Grossbritannien, Argentinien, Bundesrepublik. Mitgliedschaft: Uno, OAS.

Agrartechnikern soll die Flucht vor der landwirtschaftlichen Arbeit verleidet werden («In dieser Hinsicht müssen strengste Massnahmen getroffen werden.») Jugendliche und Arbeiter werden zu «freiwilliger Arbeit» auf dem Lande aufgeboten. Schon vor einem halben Jahr war die Parteipresse angewiesen worden, den Hirtenstand seiner sozialen Wichtigkeit entsprechend zu würdigen, was zu einigen bemerkenswerten Leistungen auf dem Gebiet der patriotischen Parteilyrik geführt hatte. Nun aber wird die Tonart bestimmter: Es geht an die Rekrutierung.

Wollte aber die KP gegen die Unzulänglichkeiten auf dem Agrarsektor wirklich Abhilfe schaffen, so müsste sie u. a. zwei Tendenzen abbremsen, die auf dem Parteiprogramm stehen: Vollkollektivierung und Vorrang der Schwerindustrie.

Amtlich musste zugegeben werden, dass die privaten Hofstellen der Kollektivbauern «eine wichtige Reserve nicht nur zur vollständigen Deckung der Eigenbedürfnisse, sondern auch zur Versorgung des Marktes mit den notwendigen Agrarprodukten» darstellen.

Dass die Priorität der Schwerindustrie noch weiter betont wird, zeigte etwa die in Sofia erscheinende Monatszeitschrift «Bulgarien von heute», wo zum Thema «Aufstieg der Volkswirtschaft» erklärt wurde: «Eine andere feste Linie in der Entwicklung der Produktivkräfte, die konsequent verfolgt wird, ist die Bevorzugung der Schwerindustrie.»

«Wo Ordnung fehlt, nützt alle Arbeit nichts», sagt wiederum ein bulgarisches Sprichwort. Es scheint, dass die planwirtschaftliche Ordnung manchmal einem Fehlen an Ordnung gleichkommt.

Die bulgarische Energieerzeugung im Jahre 1960 betrug rund 4,7 Milliarden kWh oder fünfzehnmal mehr als vor 1944. Die Stromerzeugung soll bis Ende dieses Jahres auf 5,4 Milliarden kWh oder um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr anwachsen.

Partei

«Bourgeoiser Druck»

Vom Bestehen einer bulgarischen Opposition innerhalb der Partei zeugt die Märznummer der «Parien Schiwot», Monatszeitschrift des KP-Zentralkomitees. Dort heisst es über die Gegner der Parteilinie: «Sie haben sich nie über unsere Erfolge gefreut. Sie suchen Kleingläubige, Zweifler Karrieristen. Sie regen deren Appetit an, sie setzen die Zündschnur ihrer Unzufriedenheit in Brand. Wie schwarze Nachtvögel in den dunklen Winkeln der Kaffeehäuser haben sich solche vampirhafte Gestalten eng um den ‚Fraktionisten' Kufarschijeff geschart, schadenfreudig jede Schwierigkeit begrüsst und sich an eine fremde Agentur verkauft.»

Es folgt ein Aufruf an alle Kommunisten, sich gegen Demagogie, Sektiererei und «bourgeoisem Druck» (Wie kann die Bourgeoisie in Bulgarien Druck ausüben?) zu wehren, und schliesslich folgende bemerkenswerte Definition der Kritik:

«Wir sind für die Freiheit der Kritik, aber einer parteigebundenen Kritik zur Festigung der ganzen Parteilinie, einer Kritik, die die Rolle und die Einheit der Partei stärkt, einer Kritik, die innerhalb der Partei geübt wird; nicht aber einer Kritik, die sich gegen die Partei richtet.

Kultur

Ungarn

Undankbare Werbung

Eine ungewöhnliche Konferenz fand in Budapest statt. Sie versammelte die Publikumswerber für politische Theaterstücke. Die Tagungsteilnehmer kamen laut «Nepszava» zum Schluss, dass sie eine undankbare und gesellschaftlich wenig geachtete Aufgabe zu erfüllen hätten.

Dabei sind die Ungarn ausgesprochen theaterfreudig. Für viele Aufführungen müssen die Billette mehrere Wochen zum voraus bestellt werden, und der Andrang kommt ganz ohne Hilfe der Werber zustande. Gebraucht werden sie dagegen bei sowjetischen Importstücken, für die das Interesse verschwindend ist. Oft müssen die Eintrittskarten gratis verteilt werden, um den Saal einigermassen aufzufüllen.

Die Publikumswerber gibt es in jedem Betrieb und jeder Schule. Ihre Aufgabe gehört zur «freiwilligen Aufbautätigkeit». Doch beklagten sich ihre Vertreter anlässlich der Budapester Versammlung, ihre erzieherische und aufklärerische Aktivität werde nicht genug gewürdigt. Sogar die Betriebsleiter, welche die Aufführungen für die Belegschaft zu organisieren hätten, gingen nicht ins Theater.

In diesem Jahr sollen 70 km statt der ursprünglich geplanten 35 km vom ungarischen Teil der Comecon-Pipeline fertiggestellt werden. Durch den zusätzlichen Ausbau eines Teilstückes wird der Raffinerie Szöny (an der Donau) jährlich 600 000 Tonnen sowjetisches Erdöl zufliessen.

Religion

Polen

Nur der Vatikan

Zahlreiche Zusicherungen an die katholische Kirche über Gewährleistung der vollen Religionsfreiheit und den Willen zu guten Beziehungen zwischen Staat und Kirche sind gegenwärtig in der polnischen Parteipresse zu finden. Die noch vor kurzem auf breitester Front geführte Fehde ist subtiler geworden und konzentriert sich ganz auf den Vatikan. Die Kirche von seinem Einfluss zu lösen und dem Willen der Partei allmählich unterzuordnen, das scheint das vordringendste Ziel der KP zu sein.

Die Warschauer Wochenzeitung «7 dni w Polsche» behandelte kürzlich in einem langen Artikel die gegenwärtige Lage der Kirche im Lande. Sie habe jetzt 60 Bischöfe gegenüber 41 vor dem Kriege und verfüge auch über mehr Gotteshäuser als damals. Die Ernennung der Bischöfe sei «in letzter» Zeit entsprechend der vatikanischen Forderungen ohne Einmischung des Staates erfolgt, und die Ausbildung der Priester könne ungehindert erfolgen. Die Kirche verfüge über Zeitungen und Zeitschriften; Prozessionen und Pilgerfahrten bewiesen die Freiheit zur Organisation des religiösen Lebens.

Nach dieser ausführlichen Einleitung kommt das Blatt zu seinem Thema: «Hingegen verhält sich der Vatikan dem polnischen Volksstaat gegenüber unfreundlich. Seine Stellungnahmen will er durch Ausnützen seiner Obrigkeit auch dem polnischen Klerus aufzwingen. Hier liegt der Kern der Schwierigkeiten zwischen Staat und Kirche in Polen.»

Recht aufschlussreich waren fünf Interviews der katholischen Krakauer Zeitung «Tygodnik powszechny» mit katholischen Kandidaten für die unterdessen durchgeführten Sejmswahlen. Nur einer von ihnen, Jerey Zawieyski, erklärte die Fragen zum Verhältnis Kirche-Staat als sein Hauptanliegen, wobei er noch betonte, dass er als Schriftsteller vorwiegend an der Literatur interessiert sei. Die übrigen Befragten verhielten sich äusserst zurückhaltend oder sprachen von der «neuen Tendenz» (der Zusammenarbeit mit der KP in Fragen von praktischen Belangen) mit Hinweis auf die Einheitsfront für die Wahlen. Gomulka hat dafür vorgesorgt, dass als Abgeordnete ausserhalb der «Vereinigten Arbeiterpartei» (KP) vorwiegend «zahme» Vertreter ihrer Gruppen in das Parlament einziehen.

Deutlicher geht in der Sowjetunion und in Bulgarien der Kampf gegen die Religion weiter. In der UdSSR nimmt er vorwiegend die Gestalt von «wissenschaftlicher Aufklärung» an, ein Thema, dem die Presse in den letzten Wochen wieder breitesten Raum widmete. In Bulgarien wird unverhüllt und verletzend gegen die Religion polemisiert, wobei sich die Kampagne jetzt vom Mohammedanismus wieder etwas abgewendet hat (nachdem das Ramadan-Fasten Anlass zahlreicher Angriffe geworden war) und sich jetzt vornehmlich auf «das reaktionäre Wesen der katholischen Religion» konzentriert. In Pleven entfaltet der Atheistenclub eine lebhafte Tätigkeit. Anlässlich einer seiner Vorträge wurde etwa geschildert, wie ein katholischer Priester die Dorfbevölkerung irregeführt habe. Er habe, so lautete der Vorwurf, die Bauern wegen Nichteinhaltung religiöser Sitten und Gebräuche getadelt und als einziger im Dorfe einen Radioapparat besessen.

Polen erwartet auf den Juli seinen 30 Millionsten Einwohner. Die letzte Volkszählung vom 6. Dezember 1960 ergab eine Bevölkerung von 29 930 000). 6,1 Millionen Einwohner verteilen sich auf 22 Städte von über 100 000 Einwohner. Der Anteil der Jugendlichen unter 15 Jahren wuchs von 31,7 Prozent im Jahre 1950 auf 35,3 Prozent. Besonders kinderreich sind die Westgebiete. Insgesamt nimmt allerdings die Wachstumsrate im Lande ab,

Gebrauchsterminologie im Osten

Komsomol

(Leninscher Allunionsverband der Kommunistischen Jugend, Abk. WLKMS), der mächtige Jugendverband der KP in der Sowjetunion. Mitglieder können Jugendliche beider Geschlechter zwischen 14 und 26 Jahren sein. Die von den entsprechenden Parteiorganen gelenkte und kontrollierte Organisation ist ermächtigt, in allen Fragen von Betrieben, Aemtern, Kolchosen usw. ihre Stimme vernehmen zu lassen.

Die innere Organisation des Komsomol entspricht derjenigen der KPdSU nach dem Grundsatz des «Demokratischen Zentralismus» und umfasst u. a. periodische Rechenschaftsabgabe der Organe und strenge Disziplin bei Anerkennung und Durchführund von Beschlüssen. Die Beschlüsse der höheren Organe sind für die niedrigeren

vorbehaltlos verpflichtend. Die Unterstellung unter die KP-Organe ist in Artikel 60 des Parteistatuts verankert.

Pioniere

Kinder zwischen 9 und 14 Jahren, deren Organisation als Vorstufe zum Komsomol dient, der auch die Bewegung nach Parteianweisung lenkt und kontrolliert. Besonderer Wert wird auf körperliche Ertüchtigung gelegt.

Es gibt in der Sowjetunion 90 Komsomol- und Pionierzeitungen mit einer Auflage von 4 757 000 Exemplaren, ferner noch acht Komsomol- und zehn Pionierzeitschriften. Die «Komsomolskaja Prawda» gehört zur repräsentativen Presse des Landes. Die UdSSR zählt 1227 Pionier- und Komsomolheime.

*

Die entsprechenden Pionier- und Komsomolbewegungen existieren (zuweilen mit Aenderungen in der Altersabgrenzung und dergleichen) auch in allen Volksdemokratien, wo sie exklusive Rechte besitzen, seit 1948/1949 alle übrigen Jugendorganisationen aufgelöst wurden. Die Ausnahme bildet Polen, wo seit 1956 drei Jugendorganisationen (Verband der Sozialistischen Jugend/ZMS, Verband der Dorfjugend/ZMW, und die Vereinigung Polnischer Studenten/ZSP) bestehen, die aber alle drei unter Parteikontrolle stehen. In Polen tragen die Pioniere noch den Namen (nur den Namen) Pfadfinder, die sonst im ganzen Ostblock auch offiziell abgeschafft sind.

BRIEFE

Statut nicht Verfassung

Ph. D. in Bern zur Notiz «Am Rande» in KB Nr. 9, *welche eine neue sowjetische Staatsverfassung ankündigte, welche am kommunistischen Parteikongress (vom nächsten Oktober) behandelt werden sollte. Darüber war ich sehr erstaunt, da ich in der Sowjetpresse nur von einem neuen Parteistatut gelesen hatte. Hat sich der Verfasser dieser Notiz nicht geirrt?*

Doch. Es handelte sich tatsächlich um das Parteistatut, wenn auch zuweilen in der sowjetischen Presse darauf nicht nur mit «statut» sondern auch mit «konstituzija» Bezug genommen wurde. Was eine Aenderung der Staatsverfassung anbetrifft, so wird sie vom Institut für Staats- und Rechtswissenschaften der Akademie der Wissenschaften in seiner Zeitschrift «Sowjetskoje gosudarstwo i prawo» schon seit ungefähr einem Jahr befürwortet. Im letzten halben Jahr erschienen dann in der Fachpresse mehrere Artikel in diesem Sinne. Strafrecht und Strafprozessordnung sind bereits abgeändert worden, Arbeitsrecht und Zivilrecht werden zurzeit neukodifiziert, die Staatsverwaltung hat wesentliche Aenderungen erfahren; all dies lässt ebenfalls darauf schliessen, dass der Annahme eines neuen Parteistatuts durch den 22. Parteikongress eine neue Staatsverfassung folgen wird.

Die verwirrenden Kameradschaftsgerichte

Ebenfalls erstaunte es mich, im «Klaren Blick» vom 1. Februar (dort im Memo, auch in andern Nummern erwähnt) zu lesen, dass die Kameradschaftsgerichte «wiederum Deportationen bis zu fünf Jahren für Arbeitsversäumnis» verfügen, während ich in der Sowjetpresse lese, dass die Kameradschafts und Gesellschaftgerichte keine Freiheitsstrafen verhängen können, sondern in Fällen, wo sie solche für nötig erachten, die Einleitung eines Strafprozesses beim Volksgericht verlangen («Agitator» Nr. 23, Dezember 1960; «Kommunist» Nr. 3, Februar 1961, Seite 68).

Und doch werden solche Urteile von den Gesellschaftsgerichten gefällt, die durchaus die Befugnisse dazu haben. Allerdings — und das ist eines der vielen Chaosmerkmale in der sowjetischen Rechtlage — haben nicht *alle* Kameradschaftsgerichte so ausgedehnte Kompetenzen. In Betrieben, Aemtern, Schulen, Hausverwaltungen usw. steht ihnen das Verhängen von Freiheitsstrafen nicht zu, sondern lediglich die Anordnung disziplinarischer und «erzieherischer» Massnahmen. Dagegen können Deportationen bis zum erwähnten Ausmass von den örtlichen Kameradschaftsgerichten verfügt werden.

Die Institution der Kameradschaftsgerichte entspricht in ihrer jetzigen Form in keiner Weise mehr jenen Rechtsnormen (Dekrete der Jahre 1928, 1930 und 1931), welche sie eigentlich entwickelten. Damals handelte es sich um *Justizorgane,* heute aber nach dem neuen Verfassungsprojekt der Kameradschaftsgerichte um *Verwaltungsorgane* (Paragraph 2 des Musterstatuts). Dieser Verwaltungscharakter kommt besonders bei den Dorf-Kameradschaftsgerichten zum Ausdruck, welche oft in der Form der alten «Staatsbürgerversammlungen» abgehalten werden, kurz auch «Dorfversammlungen» genannt. (Die Namen und Tarnausdrücke tun weniger zur Sache, als die Feststellung, dass es sich eben nicht um reguläre Justizorgane, sondern um Gesellschaftsorgane handelt.) Diese Versammlungen haben einerseits die periodischen Rechenschaftsberichte der lokalen Sowjets entgegenzunehmen, anderseits aber — und hier findet die strafrechtliche Usurpation statt — für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besorgt zu sein. Sie sind befugt, vor allem die «Schmarotzer und Spekulanten» abzuurteilen. Gegen solche Elemente sehen Turkmenistan, Lettland, Tadschikistan, Kasachstan, Armenien, Kirgisistan und Georgien Deportationen von zwei bis fünf Jahren vor. Kirgisistan, Armenien, Turmenistan und Georgien ermächtigen ausdrücklich die erwähnten «Staatsbürgerversammlungen» zum Verhängen dieser Strafen, doch dürfte eine parallele Regelung auch in den übrigen Sowjetrepubliken Geltung haben. Zwar hat das Urteil formell vom Stadt- beziehungsweise Rayonssowjet bestätigt zu werden. Da aber die Versammlung von diesem Sowjet einberufen und von seinen Delegierten präsidiert wird, spielt diese «zweite Instanz» praktisch absolut keine Rolle.

Die Macht der Kameradschaftsgerichte (entscheidend ist ihre Struktur als parteigelenkte gesellschaftliche Verwaltungsorgane, nicht die Bezeichnung, unter der man sie gerade segeln lässt) ist also Tatsache. Sie steht im Zeichen der direkten Parteikontrolle ohne den Umweg über die immerhin fester an die Bestimmungen gebundenen Justizorgane und breitet sich weiter aus. Parallele Tendenzen bestehen im Zivil- und vor allem im Arbeitsrecht. Sie ersparen der Partei Rechtsstreitigkeiten und Rekurse und dienen der völligen Beherrschung ihrer Untertanen. Red. KB

Curriculum der Woche

ISAC MARTIN

Im Gefolge der Umschichtung in der rumänischen Führung (KB Nr. 12) neuer Vorsitzender des Gewerkschafts-Zentralsekretariates, gleichzeitig Mitglied des neugeschaffenen Staatsrates. Sein Vorgänger Gheorgi Apostol wurde erster stellvertretender Ministerpräsident.

Der neue Gewerkschaftschef ist 48 Jahre alt. Früher Arbeiter im Stahlwerk Resita, später erster Parteisekretär der damaligen Region Timisoara (seit letztem September Region Banat). In dieser Stellung wird er von der Presse zwischen Mai 1952 bis September 1960 verschiedentlich erwähnt. Seit November 1952 mehrmals Abgeordneter in die Nationalversammlung. 1955 vermutlich Studienaufenthalt in Moskau. Am 15. Juni 1958 zum alternierenden Mitglied, am 25. Juni 1961 zum Vollmitgleid des Partei-Zentralkomitees gewählt. Im Februar dieses Jahres gehörte er der Parteidelegation am albanischen KP-Kongress in Trana an. Gilt als disziplinierter, harter Arbeiter.

Wirtschaft

Tschechoslowakei

Boykottierte Preissenkung

Die tschechoslowakische Konsumgüterindustrie entzieht sich der angeordneten Preissenkung einfach dadurch, dass sie die billigeren Erzeugnisse nicht oder wenigstens nicht ausreichend produziert.

Diese Feststellung macht die in Pressburg (Bratislava) erscheinende «Prawda» anläslich eines eingehenden Artikels über den Kleinhandelsumsatz und belegt sie mit zahlreichen konkreten Beispielen. Zahlreiche Betriebe «vergessen» genau seit der im letzten April angeordneten Preissenkung für bestimmte Konsumgüter die Herstellung der davon betroffenen Waren, so dass den Käufern ganze Sortimente gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Ihr gesamtes Plansoll erfüllen die betreffenden Unternehmen durch Ueberproduktion auf andern Gebieten. Die von der Zeitung namentlich angeführten Beispiele betreffen eine Radiofabrik, eine Geschirrfabrik und zahlreiche Unternehmen der Bekleidungsindustrie. Dem Versuch, die Preisbestimmungen durch verkleinerte Produktion zu umgehen, sei vor allem die Kinderkonfektion zum Opfer gefallen. Die Mütter hätten oft viele Geschäfte aufzusuchen, bevor sie das gewünschte Kleidungsstück erhielten.

So hapert es auch in der Tschechoslowakei (und in andern Ostblockstaaten), die im Vergleich zu andern Satellitenstaaten zweifellos einen relativ hohen Lebensstandard hat, mit der Konsumgüterproduktion. Anscheinend stellen auch die Kollektivbetriebe das Profitdenken über die staatlichen Regeln der kommunistischen Ideologie. Es zeigt sich, dass die Partei- und Staatsautorität in der Wirtschaft eines grossen Kontrollapparates bedarf, um sich durchzusetzen. Dieser aber wird in erster Linie für die Schlüsselindustrie und die Landwirtschaft eingesetzt.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

26. April 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe, Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Zwei neue Ereignisse bestätigen die Reformtendenzen im sowjetischen Erziehungs- und Wissenschaftsprogramm zum doppelten Ziel: Verstärkte Schulung in Hinsicht auf die aussenpolitische Wirtschaftsoffensive einerseits, weitere Zentralisierung von wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung anderseits.

Das sowjetische Ministerium für Hochschulen und Fachmittelschulen erliess eine für das ganze Unionsgebiet verbindliche Verordnung, wonach die Frage des wirtschaftlichen Wettbewerbs zweier Systeme (d. h. des «sozialistischen» und des «kapitalistischen») sowohl in den Vorlesungen als auch in den Seminarien in erweitertem Umfang zu behandeln sind. An den Lehrstühlen für Sozialwissenschaften haben diese Probleme gründlicher bearbeitet zu werden. Dabei handelt es sich nicht um einen Versuchsballon, sondern um eine Grossaktion, die sofort an Hand genommen werden soll, wie sich aus den organisatorischen Anweisungen ergibt. Der wissenschaftlich-technische Sowjet des Ministeriums und das Departement für sozialwissenschaftlichen Unterricht sind beauftragt worden, den betreffenden Dozenten die Einführung in diese Arbeitsgebiete zu erleichtern, für wissenschaftliche Unterlagen besorgt zu sein, Biographien und Publikationen über das Thema vorzubereiten. Die Kontrolle über die Durchführung des Programms wurde dem Departement für Sozialwissenschaften überbunden.

Am 12. April fassten Zentralkomitee der Partei und Ministerrat einen Beschluss zur Schaffung eines Staatskomitees für die Koordination der wissenschaftlichen Forschung, das der Akademie der Wissenschaften an Gewicht nimmt. Das Komitee beim Ministerrat übernimmt die Gesamtleitung der wissenschaftlichen Tätigkeit an den Forschungsinstituten, die Koordination der Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften der UdSSR sowie der einzelnen Unionsrepubliken und der Forschungsinstitute der Ministerien. Es kontrolliert die Planerfüllung der Forschungsarbeiten durch die Ministerien und die rasche Einführung von technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften in die Praxis. Auch ist es Antragsinstanz über wichtige Probleme dieser Gebiete und die Beschaffung der nötigen Ausrüstungen und Finanzen. Das Komitee leitet dazu die koordinierte ländische wissenschaftliche Information und die entsprechenden ausländischen Kontakte. Präsident des Komitees ist der Vizepräsident des sowjetischen Ministerrates, zu den ex-officio-Mitgliedern gehören die Vorsteher der wichtigsten Staatskomitees in Technik und Wissenschaft sowie der Präsident der Akademie der Wissenschaften. Auch die personelle Zusammensetzung lässt die Bedeutung des Gremiums ersehen, das bedeutende organisatorische und administrative Kompetenzen hat. «Zur Festsetzung der Hauptrichtungen der wissenschaftlichen Forschung» wird neben dem neuen Komitee ein wissenschaftlicher Rat gegründet.

Für die Akademie der Wissenschaften bedeuten die Neugründungen eine Schmälerung ihrer administrativen Befugnisse.

Eine Reihe von wissenschaftlichen Instituten und alle Filialen der Akademie werden organisatorisch den entsprechenden Staatskomitees und Ministerien angegliedert. Freilich behält die Akademie die rein wissenschaftliche Leitung der Filialen.

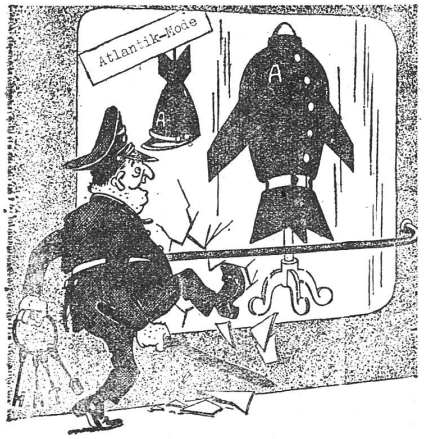
Ein weiterer Schritt auf Zentralisierung und Zerstörung der Autonomie wissenschaftlicher Institutionen. Ob das Allheilmittel der zentralen Lenkung tatsächlich das Mittel ist, um noch fehlerhafte Koordination zu beheben, wird sich zeigen. Weitere Forcierung von Spitzenleistung mit gleichzeitigem Verlust an wissenschaftlichem Meinungsaustausch?

Atom-Schupo Strauss

Wenn auch die sowjetische Presse ein Hauptaugenmerk auf die überseeischen Krisengebiete richtet, heisst das nicht, dass Europa vergessen wird. Die nächsten Bundeskanzlerwahlen in Deutschland geben dabei vor allem Gelegenheit, gegen Verteidigungsminister Strauss zu Felde zu ziehen, den die kommunistische Presse übrigens auch im informativen Teil «Kriegsminister» nennt.

Die Karikatur der «Literatura i Schisn» zeigt die Gier des mit dem Nato-Schlüsselbund bewaffneten Strauss nach Nuklearwaffen für seine Bundeswehr. Zeichnerisch gut gelungen sind die «Atombomben-Uniformen».

Uebrigens hat auch der SPD-Kandidat Brandt in der kommunistischen Presse heftige Angriffe, vor allem wegen seiner entschiedenen Haltung zur Berlin-Frage — über sich ergehen zu lassen.



Der Schnappschuss

Ueber Mangel an Schul- und Studienbüchern berichtet die «Komsomolskaja Prawda». Der staatliche Buchverlag Sojuskniga bestimme die Auflagehöhe nur nach den Bestellungen der lokalen Buchhandlungen, bestenfalls noch nach den Bestellungen von Bibliotheken und Lehranstalten, trage aber dem eigentlichen Bedarf keine Rechnung, da die «Fernstudenten» (die nicht an den Schulen und Universitäten selbst studieren) unberücksichtigt blieben. Eine zu Studienzwecken bestimmte Veröffentlichung über die Arbeitsmechanisierung in der Landwirtschaft sei in 780 Exemplaren erschienen, wovon 750 Exemplare in die Bibliotheken und ganze dreissig an die Buchhandlungen gegangen seien.

*

Polen gibt jährlich für Dienstreisen 3,5 Milliarden Zloty aus. Der Betrag wird herabgesetzt werden, da eine Untersuchung eine viel grössere Häufigkeit von Dienstreisen in Polen als in den übrigen Satellitenstaaten ergeben hat.

*

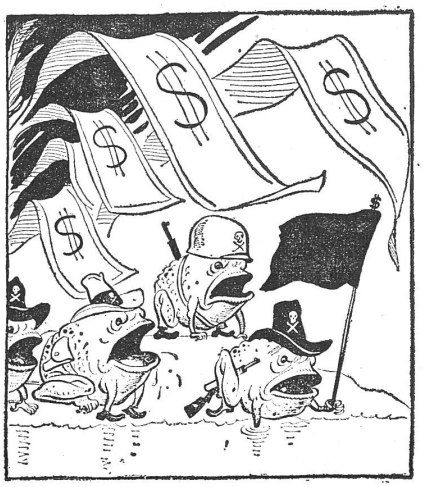
47,4 Millionen Arbeitsstunden wurden letztes Jahr in den sowjetzonalen Betrieben zur «Wahrnehmung staatsbürgerlicher Pflichten» aufgewendet, laut «Informationsbüro West» 11,1 Millionen mehr als 1959. Die Ausfallzeit wird für Partei- und Gewerkschaftsarbeit genutzt, ferner zur Teilnahme an der «Nationalen Front», am Betriebsluftschutz und weiteren paramilitärischen Uebungen.

*

Sowjetischen Filmexperten erklärte Maria Schell kürzlich in Berlin laut der deutschsprachigen Bukarester Zeitschrift «Neuer Weg»: «Wir möchten alle gern, dass unsere Kontakte noch enger werden. Ich würde sehr gern über unsere Grenzen hinweg einmal einen gemeinsamen Film mit Ihnen drehen.»

*

Unter Dumping-Spezialisten hat der staatlich gelenkte Aussenhandel ein Plus: Im vergangenen Jahr wurden in Singapur sowjetische Textilien zu Preisen angeboten, welche um 15 Prozent unter den japanischen lagen.



Im karibischen Sumpf

Die «imperialistische» Invasion gegen Kuba, deren Scheitern im ganzen Ostblock als grosse Niederlage der USA gefeiert wird, hatte der sowjetischen Presse schon seit einiger Zeit immer wieder Vorwände zur Darstellung der amerikanischen Aggressionspolitik gegeben. Die «Iswestija»-Zeichnung zeigt die Exilkubaner unter einem von Dollar-Sturmfahnen verhängten Himmel im Froschmarsch gegen die Insel im Anzug.